

# CDU-Abgeordnete fragen nach Tunnelkosten

B33: Nach Ortstermin wenden sich Helmut Rau und Nicole Razavi an die Landesregierung

Haslach/Steinach (red/nis). Nach ihrem Besuch in Haslach und Steinach am vergangenen Montag (wir berichteten) haben Nicole Razavi, verkehrspolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion, und ihr Fraktionskollege Helmut Rau zwei »kleine Anfragen« an die Landesregierung gestellt. Unter anderem möchten die beiden Abgeordneten wissen, ob der Landesregierung der jüngste Beschluss des Haslacher Gemeinderats zur B33-Umfahrung, die Forderung nach einer Tunnellösung, »bekannt ist und welche Auswirkungen dieser Beschluss auf die laufenden, mit dem Hochwasserschutz kom-

binierten Planungen hat«, heißt es in einer Pressemitteilung. Ferner interessieren sich Razavi und Rau für die Kosten, die eine Realisierung des Beschlusses mit sich brächte. Außerdem solle die Landesregierung Auskunft geben, ob sie beabsichtigt, auf der Basis der im Beschluss vorgeschlagenen Trassenführung neue Planungen in die Wege zu leiten, und wenn ja, wann.

Zur Verkehrssituation in Steinach möchten die beiden Unionspolitiker von der Landesregierung unter anderem wissen, wie sie die Notwendigkeit einer direkten Anbindung der B 33 an das Interkommunale Gewerbegebiet

von Steinach beurteilt. Dieses sei für die Gemeinden Steinach, Haslach, Fischerbach, Mühlenbach und Hofstetten von zentraler Bedeutung, lässt Helmut Rau ausrichten. Davon würde nicht nur die Sicherung von Arbeitsplätzen abhängen, sondern auch die Entwicklung der mittelständischen Struktur im Kinzigtal ab. Da die Anwohner aufgrund der häufigen Durchfahrten von Lastkraftwagen durch das angrenzende Wohngebiet schon jetzt erheblich betroffen seien, »ist die vorgesehene Entwicklung nur mit dem Verkehrsanschluss an die B 33 zumutbar«, erklärt Helmut Rau.

Weiter fragen die beiden Landtagsabgeordneten nach dem aus ihrer Sicht besorgniserregenden Zustand der L 103 zwischen Steinach und Welschensteinach. Die L 103 sei nicht nur zu schmal für den Durchgangsverkehr mit Lkws, sondern weise eine immer schlechtere Beschaffenheit auf. Die beiden Parlamentarier interessieren sich unter anderem dafür, welche Sicherungsmaßnahmen die Landesregierung für erforderlich hält und welche sie eventuell zeitnah umzusetzen gedenkt.

Mit der Antwort der Landesregierung auf die Anfragen ist in etwa drei Wochen zu rechnen.